

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 28 (1987)
Heft: 4

Artikel: Reformzwänge und Reformsperren
Autor: Voslensky, Michael
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093976>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Reformzwänge und Reformsperrn

Kann oder will Gorbatschow das Sowjetsystem umkrepeln? Diese Frage hat unser Mitarbeiter Joseph Pozsgai einem der besten Kenner der sowjetischen Politszene vorgelegt, dem heute im Westen lebenden Professor Michael Voslensky, Verfasser des Standardwerkes über die sowjetische Nomenklatura.

Möchte Gorbatschow das Sowjetsystem durch eine neue Kaderpolitik (geheime Wahlen, Aufstellung von mehreren Kandidaten) umkrepeln? Möchte er die Nomenklatura, die führende Funktionärsschicht, entmachten? Möchte er das System reformieren?

Gorbatschow will sicher nicht das System des realen Sozialismus als solches umkrepeln. Er selber ist ein Produkt ebendieses Systems. Und gesetzt selbst, er möchte es: das Vorhaben überstiege seine Kräfte. Die Möglichkeit, dass er die Nomenklatura entmachten wolle, ist aus analogen Gründen zu verneinen: er gehört selber seit dem Alter von 25 Jahren der Nomenklatura an und hat dort seine ganze Karriere gemacht.

Gorbatschow hat ein anderes Problem: die Wirtschaftslage der Sowjetunion ist schlecht. Und zwar ist sie es nicht wegen der Versäumnisse unter Breschnew, wie das Gorbatschow den Sowjetbürgern beizubringen sucht, sondern ausgesprochen wegen dem System. Wenn man da nichts unternimmt, versinkt das Land noch tiefer in die Rückständigkeit, die es im Vergleich zum Westen ohnehin schon hat. Gorbatschow will den Anschluss an die wirtschaftliche und technologische Entwicklung des Westens bewerkstelligen. Er weiss, dass man dazu eine Wirtschaftsreform braucht.

Nun aber kommt diese nicht ganz ohne politische Dimensionen aus. Wenn man den heutigen Stand der technologischen Revolution in

der Ära von Computer, Roboter und Laser erreichen will, braucht es dazu die aktive Hilfe der sogenannten Intelligenzia, der Schicht der wissenschaftlich Gebildeten. Diese wiederum lässt sich ohne ein Minimum an Bewegungsfreiheit nicht aktivieren; sie ist es denn auch, die mit der Lage der Menschenrechte in der UdSSR unzufrieden ist. Deshalb sind zusätzliche Veränderungen im politischen Funktionieren des Systems nötig, und deshalb wünscht Gorbatschow offensichtlich auch politische Ergänzungsreformen – im zweckbedingten Ausmass mindestens.

Dem entgegen stellen sich aber die Interessen der Nomenklatura. Jede brauchbare Reform, und jede politische oder ideologische Reform erst recht, geht notgedrungen auf Kosten des Machtmonopols der herrschenden Nomenklaturklasse. In der Wirtschaft braucht es das interessierte Engagement von Fachleuten und nicht die Allmacht von Parteifunktionären. In der Politik und Ideologie braucht es jene Entkrampfung, die zu einem frischen Aufschwung nötig ist. Und das alles bedeutet eine Einbusse für die Nomenklatura und ihre Willkür.

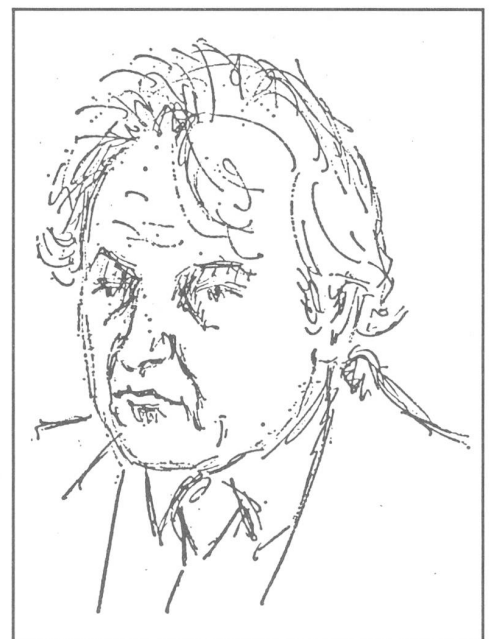
Aber wenn man politische Reformen verwirklicht, und seien sie auch begrenzt, wird doch die Legitimität des Systems in Frage gestellt . . .

Von wem? Die Legitimität des Systems ist in der Sowjetunion überhaupt keine Frage. Das System will seine Legitimität im Marxismus-Leninismus und in der Oktoberrevolution ge-

funden haben und kann dabei bleiben. Mehr ist in einer Diktatur nicht vonnöten; das Alibi der Macht ersetzt die Rechtfertigung der Macht vollwertig.

Wieviel Macht hat Gorbatschow, um seine Vorstellungen durchzusetzen? Als er vor dem ZK-Plenum seine Pläne vortrug, stellte sich kein einziges Politbüromitglied demonstrativ hinter ihn. Wie stark kann er da sein?

Das muss er ganz genau herausfinden. Ein Generalsekretär der KPdSU ist kein Zar, kein Alleinherrscher. Er hat gewiss mehr Macht als eine beliebige andere Einzelperson in der Nomenklatura, aber er hat nicht so viel Macht wie die Nomenklatura insgesamt. Er ist abhängig von den Konstellationen im Politbüro, von der Mehrheit im Zentralkomitee. Gorbatschow muss deshalb aufpassen, wie er die Machtkompetenzen, die er als Parteichef natürlich hat, jeweils einsetzt, um seine Ziele zu erreichen.



Michael Voslensky.

Meinen Sie, dass er eben jetzt in Gefahr ist, wegen seiner Reformvorschläge abgesetzt zu werden?

Nein, aber wissen kann man das tatsächlich nie. Es hat derlei Beispiele schon gegeben: Malenkov im Januar 1955 und Chruschtschow im Oktober 1964. Die Möglichkeit besteht also. Indessen glaube ich nicht, dass sie für Gorbatschow eben jetzt eine unmittelbare Gefahr darstellt.

Auf wirtschaftlichem Gebiet jedenfalls wären Reformen für Moskau eine Schicksalsfrage. Und sie sind ohne gleichzeitige politische Reformen nur begrenzt durchführbar; das sieht man auch am Beispiel von China oder Ungarn. Ist aber ein eigentlicher Durchbruch zurzeit in der Sowjetunion überhaupt möglich?

Das ist eine Frage, die auch Gorbatschow nicht beantworten kann. Im Rahmen des bestehenden Systems nämlich ist ein Durchbruch, das heisst hier eine politisch übergreifende Reform, tatsächlich nicht möglich. Also ginge es darum, diesen bestehenden Rahmen zu sprengen, und das wiederum ist ein Unterfangen, welches die blossen Kräfte eines Generalsekretärs übersteigt.

Und wie steht es mit der Verdaulichkeit für die osteuropäischen Staaten des Sowjetlagers? Gorbatschow erhebt heute Forderungen, die sich zum Teil ähnlich ausnehmen wie die Forderungen des Prager Frühlings von 1968 oder wie die Forderungen der polnischen Solidarnosc. Damit desavouiert er doch die direkt oder indirekt sowjetisch eingesetzten Regimes, welche im Sinne Moskaus die osteuropäischen Neuerungsbebewegungen unterdrückt haben. Auch sonst sind die meisten osteuropäischen Regimes heute orthodox geführt. Wie können sie die «Wende» in Moskau politisch-ideologisch verkräften?

Tatsächlich sind die heutigen Regimes in Osteuropa konservativ, und die ungarische Ausnahme ist insofern in Frage gestellt, als man nicht weiss, was nach Kadar kommt. Es ist denn auch interessant zu sehen, wie überaus vorsichtig zum Beispiel die DDR-Presse darüber berichtet, was Gorbatschow gesagt hat und was das Moskauer ZK-Plenum beschlossen hat. Die kleinen Länder, die von der Sowjetunion abhängig sind, können in dieser Frage nur andeutungsweise Position beziehen.

Indessen sind Sie bei Ihrer Frage von Voraussetzungen ausgegangen, die in diesen Proportionen nicht bestehen. Denn das, was bisher in der Sowjetunion unter Gorbatschow begonnen worden ist, erreicht die Ausmasse des Prager Frühlings bei weitem nicht, geschweige denn die Ausmasse der Solidarnosc-Vorstellungen.

Wie beurteilen Sie die Freilassung Sacharows? War das ein Mehrheitsbeschluss des Politbüros oder ein Alleingang von Gorbatschow? Und was ist der Zweck dieser Übung? Will man Sacharow als politischen Verbündeten aufbauen?

Es lässt sich getrost ausschliessen, dass Gorbatschow so etwas gegen den Willen des Politbüros veranlasst hätte. Den unmittelbaren Sinn der Sache aber sehe ich so: Die UdSSR hat vorgeschlagen, im KSZE-Rahmen eine Menschenrechtstagung in Moskau abzuhalten; da ihre Einberufung ohnehin kaum zu verhindern wäre, liesse sie sich hier noch am besten kontrollieren, ohne dass auch Dissidente eine Pressekonferenz wie in Wien veranstalten könnten usw. Aber natürlich würde sich dann die anhaltende Verbannung Sacharows lästig bis blamabel ausgewirkt haben. Also musste er freigelassen werden. Allerdings nicht unmittelbar vor der Konferenz, denn das wäre zu durchsichtig gewesen.

Noch stellte sich die Frage des genauen Zeitpunkts, und hier trafen zwei Ereignisse zusammen. Einmal der Tod des Dissidenten Anatoli Martschenko im Gefängnis und dann die Unruhen in Kasachstan. Da kam die Sensation mit Sacharow gerade recht, um anderweitiges und sicherlich unliebsames Aufsehen zu überlagern.

Nicht zu übersehen bleibt trotzdem, dass man mit der Freilassung von Sacharow auch Risiken eingegangen ist. Der weitaus bekannteste Dissident der Sowjetunion redet jetzt frei und wird es zweifellos weiterhin tun, solange man ihn nicht mit Gewalt daran hindert. Aber es käme einem flagranten Eigentor gleich, ihn zurück in die Verbannung zu schicken.

In Kasachstan wollte Gorbatschow offenbar nicht nur den Parteichef Kunajew absetzen, sondern überhaupt durchgreifen. Ist es vorstellbar, dass man ihn selber, Gorbatschow, eines Tages

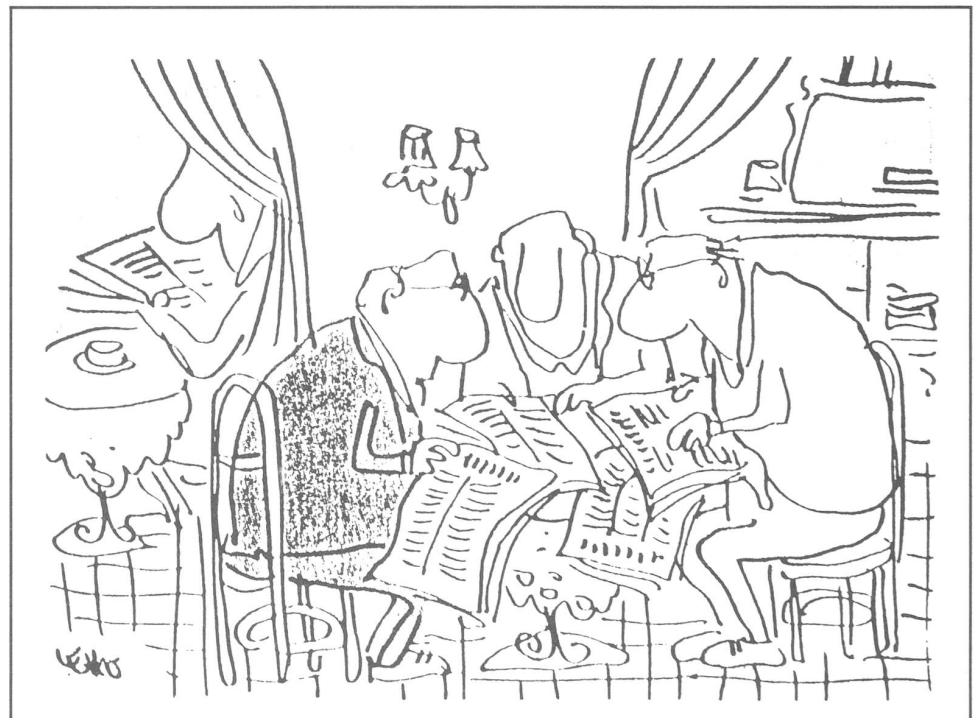
für den Ausbruch der Unruhen verantwortlich macht?

Das wird man wahrscheinlich sogar tun – falls es überhaupt dazu kommt, dass man nach seinen Fehlern sucht. Aber anscheinend ging sein Vorhaben glatt über die Bühne; man hat nicht den Eindruck, dass sich die andern Politbüromitglieder ernstlich für Kunajew eingesetzt hätten. Kunajew, ein Mann Breschnews, hatte als Kasache in Kasachstan die Russifizierung gebremst; wozu sollten ihn die übrigen Angehörigen der Führungsspitze vor Gorbatschow in Schutz nehmen?

Allerdings war es unvorsichtig, zum Nachfolger einen Russen zu bestimmen, besonders angesichts der inzwischen korrigierten Tatsache, dass auch als zweiter Sekretär ein Russe amtierte. Übrigens: Im Zentralkomitee der KP Kasachstans sind die Russen ohnehin in der Überzahl, seitdem diese Sowjetrepublik unter Chruschtschow als Neuland erschlossen wurde.

Kommt ein sowjetischer Rückzug aus Afghanistan in Betracht?

In Afghanistan lässt sich die Macht nicht auf friedlichem Weg aufrechterhalten, sondern nur mit militärischen Mitteln. Aber der Widerstand hat sich dort als dauerhaft erwiesen; die Sowjets vermochten ihn in sieben Kriegsjahren nicht zu brechen. Gewiss haben sie zahlreiche Stützpunkte errichtet, und mehrere Provinzen entvölkert, aber die Mujahedin ihrerseits sind besser bewaffnet als zuvor, und ihr politischer Zusammenhalt hat Fortschritte gemacht. Deshalb suchen die Sowjets ihre Kriegführung jetzt auch durch nichtmilitärische Initiativen zu ergänzen.



Die osteuropäische Verlegenheit angesichts des neuen sowjetischen Kurses zeigt sich überspitzt in dieser ungarischen Karikatur: «Ich habe soeben die neueste Rede von Gorbatschow gehört – über Radio Freies Europa.» («Ludas Matyi», Budapest, 16. 2. 1987)

Wie können sich die gegenwärtigen turbulenten Entwicklungen in Moskau auf die Beziehungen zum Westen auswirken, zum Beispiel auf die Abrüstungsverhandlungen? Wie soll sich insbesondere die westliche Allianz verhalten? Soll sie Gorbatschow bei seinen Reformvorhaben eine demonstrative Unterstützung geben, oder soll sie passiv bleiben?

Die Turbulenzen, die Gorbatschow in der Sowjetunion erzeugt hat, machen einen positiven Eindruck auf den Westen; somit hat Gorbatschow mindestens aussenpolitisch einen Gewinn davon.

Indessen bezweifle ich, dass das alles einen allzu grossen Niederschlag auf den konkreten Gegenstand der Abrüstungsgespräche findet. Hier sind nicht Sympathiekundgebungen wichtig, sondern ein Abkommen, dass die Sicherheit aller Teilnehmerstaaten gewährleisten soll. Also muss seine Einhaltung überprüfbar sein. Diese Frage dürfte nach wie vor dominieren, zu Recht übrigens.

Ich denke, dass sich der Westen in seinem Umgang mit der Sowjetunion nicht personenverhaftet geben soll. Er braucht keinen Generalsekretär zu unterstützen, keine individuellen Leute aus der Kremlspitze. Er hat, soweit er es vermag, dazu beizutragen, positive Entwicklungen in der Sowjetunion zu fördern und nicht Führerkarrieren. Man soll den Dissidenten helfen, nicht den Generalsekretären. ■

Die sowjetischen Informationszustände in einem symptomatischen Abrechnungsbeitrag

Soziologin am Ausleuchten

Was die «Prawda» am 6. Februar selber als Beitrag publizierte, hätte sie früher nicht einmal als Zitierung antisowjetischer Verleumdungen gedruckt.

Eigentlich sollten die Parteipropagandisten in Osteuropa zufrieden sein: Erstmals seit 40 Jahren kaufen die Leute gierig die sowjetischen Zeitungen, die bis anhin unbeachtet geblieben waren. Nur ist das, was die entdeckungslustigen Leser suchen, auch genau das, was die ideologischen Wächter in diesen Tagen so verunsichert. Es geht um Beweise dafür, dass die Änderungen in der Sowjetunion immer weitere Kreise ziehen und dass man dieser Entwicklung noch nicht Einhalt geboten hat.

Ein Hauptbeispiel für den neuen Lesestoff bot am 6. Februar die «Prawda» mit ihrem Beitrag «Umgestaltung und Soziologie» von Tatjana Saslawskaja.

Schon dieser Name erregt Aufsehen. Tatjana Saslawskaja gilt als Autorin jenes «Geheimpapiers» der Sibirischen Akademie der Wissenschaften von 1983, das damals ähnlich wie ein Untergrundtext zirkulierte, weil sein Inhalt so brisant war: ein Verriss der wirtschaftlichen und sozialen Realität in der Sowjetunion und eine Apologie für strukturelle Veränderungen (ZB, Nr. 19/1983). Über diese mysteriöse Publikation oder «Publikation» hat es etliche Mutmassungen gegeben. Eine davon ist nachträglich interessant geworden: Der damalige Parteichef Andropow habe einen Versuchsballon steigen lassen.

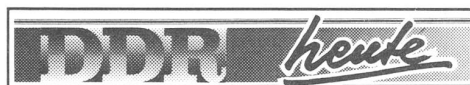
Jetzt, unter Gorbatschow, zeichnet Tatjana Saslawskaja unzweifelhaft mit ihrem Namen, und sie kann es in der «Prawda» tun, dem offiziellen Organ des Zentralkomitees der KPdSU. Obwohl der Text nicht weniger angriffig ist als das verstohlen präsentierte Dokument von damals.

Nominell geht es nur um das Sachgebiet der Soziologie, aber für die Autorin ist das der An-

lass, eine Gesellschaftsproblematik von grossem Umfang zu deklarieren: «Heute haben wir es nicht bloss mit der Umgestaltung zu tun, sondern mit einem gigantischen Kampf zwischen Pro und Kontra. Ein Aspekt davon betrifft die Notwendigkeit, den Gesellschaftswissenschaften ihren eigenen Platz zurückzugeben.» Bis dahin hätten sich die Soziologen zur Hauptsache darauf beschränkt, den Inhalt von Parteidokumenten zu wiederholen. Heute sei das «so nicht länger möglich». Die Wissenschaft habe ihre eigene Diagnose zu erstellen. Sie müsse die Entscheidungsträger rechtzeitig über Schwierigkeiten informieren und verschiedene Lösungen ausarbeiten. Was die Behörden brauchten, sei ein klarer, unverbrämter Überblick über den Stand der Dinge.

Das alles mag für westliche Ohren selbstverständlich klingen, aber für sowjetische Verhältnisse ist das neu. Der Anspruch der Partei auf die richtige Erkenntnis der sozialen Probleme war vorgegeben; das gehörte zu ihrer Rolle als Vorhut von Proletariat und Volk, und in diesem grundlegenden Sinn übrigens war und ist es seit jeher so. Genau genommen ist somit auch die Forderung, den sozialen Wissenschaften ihren Platz «zurückzugeben», etwas irreführend; wann hätten sie ihn denn je gehabt? Das Recht auf unabhängige Analyse, das hier sogar als Verpflichtung formuliert wird, ist in einem absoluten Verständnis nie anerkannt worden.

Indessen beklagt die Autorin konkret den relativen Niedergang der Soziologie, die früher mit der sogenannten Leningrader Schule «gewisse Erfolge» aufgewiesen habe, seit zehn, fünfzehn Jahren aber nicht mehr vorankomme. Der Rückstand, «besonders auf die USA», werde immer grösser. «Das sahen bis vor kurzem nur



Redaktion «DDR heute»
c/o IGFM, Kaiserstrasse 72, 6000 Frankfurt 1
Telefon 069 23 69 71

Chefredaktor:
Siegmar Faust
6731 St. Martin

Spendenkonto für die Zeitschrift «DDR heute»: IGFM
Post giro Frankfurt (BLZ 500 100 60), Kto.-Nr.: 98 35-600
Bayerische Vereinsbank Frankfurt (BLZ 503 201 91), Kto.-Nr.: 45 30 519

**Für alle, die von «drüben» kommen,
nach «drüben» fahren oder meinen,
«drüben» wäre es besser:**

- Erfahrungsberichte
- Informationen
- Kommentare

aus der DDR und über die DDR,
zusammengetragen und ausgewählt
von ehemaligen politischen
Gefangenen des real existierenden
Sozialismus auf deutschem Boden

Erscheint zweimonatlich

- Ich bestelle eine kostenlose
Probenummer
- Ich abonniere «DDR heute»
(Jahrespreis 15 DM)

Name: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Redaktion «DDR heute»
c/o Internationale Gesellschaft für
Menschenrechte (IGFM)
Kaiserstrasse 72, D-6000 Frankfurt a. M. 1